



Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen

Gesetzentwurf der Fraktion der AfD

- Drucksache 6/1979 -

ZWEITE und DRITTE BERATUNG

Abgeordneter Brandner, AfD:

Meine Damen und Herren, unser Gesetzentwurf hat zum Ziel, Deutsch als Landessprache in unserer Verfassung festzuschreiben. Die erste Lesung dieses Gesetzentwurfs hat leider vor allem eines offenbart, nämlich dass diejenigen in diesem Hause, die sich so gerne als die besseren Demokraten darstellen, also die gesamte Altparteienschar, allesamt außerstande sind und waren, ein wichtiges und ernstes Thema angemessen und würdig zu diskutieren. Statt sich mit der Thematik, die wir eingebracht haben, auseinanderzusetzen, einer Thematik, die seit Jahren in Deutschland diskutiert wird, und zwar auf allen Ebenen der Gesellschaft, in den Bundesländern und auf Bundesebene, und mit uns die konstruktive Auseinandersetzung zu suchen, gefielen sich die Altparteienaktivisten mal wieder in geschlossener Front darin, die AfD-Fraktion zu diffamieren und unseren Entwurf lächerlich machen zu wollen. Was dabei herauskam, war vor allem ein Schaulaufen der Peinlichkeiten, wenn man die Redebeiträge der Damen Marx und Rothe-Beinlich oder des Herrn Scherer Revue passieren lässt. Letzterer bestätigte ja nicht nur – also Herr Scherer – die offene Flanke, was die aktuelle Beschlusslage in der eigenen Partei – mal sehen, Herr Scherer, wie lange es noch Ihre Partei bleibt – angeht, sondern der Herr Scherer bestätigte auch den Spruch: Der Dümme Bauer hat die dicksten Kartoffeln.

(Beifall AfD)

Hier war es so, Herr Scherer, der dümmste Wortbeitrag hatte die nachhaltigste Presse, was nicht gerade für die Presse spricht, aber da sind wir ja Kummer gewohnt und das ist ein anderes Thema.

Ich möchte diesen wohl nur vorläufigen – ich befürchte heute noch Schlimmeres, außer meiner Rede dann zur dritten Lesung – Tiefpunkt der parlamentarischen Debatte noch mal Revue passieren lassen. So kann die Öffentlichkeit sehen, wer hier die Anliegen der Thüringer auf welche Weise vertritt.

Frau Marx – vis-à-vis auf gut Deutsch, wie man so schön sagt – von der sozialdemokratischen Reisterampe wollte offenbar demonstrieren, über welche kolossale Bildung sie ...

Vizepräsidentin Jung:

Herr Abgeordneter Brandner, ich bitte Sie, sich zu mäßigen.

(Unruhe SPD)

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Komiker!)

Abgeordneter Brandner, AfD:

Frau Marx von der SPD wollte offenbar offenbaren, über welche kolossale Bildung sie neben ihrem angeblichen großen Latein verfügt. Sie freute sich, vorzulesen, dass die deutsche Sprache nicht statisch sei und sich entwickle. Oha, Frau Marx, Sie haben das vermutlich als Argument gegen unseren Antrag gemeint, nur hat die AfD nie etwas anderes behauptet. Sprache ist selbstredend etwas Lebendiges. Der Punkt ist allerdings – und den haben Sie übersehen: Wie alles Lebendige bedarf auch die deutsche Sprache der Pflege. Genau das steht hinter dem Gesetzentwurf der AfD.

(Beifall AfD)

Im Übrigen finden sich dazu auch Anknüpfungspunkte in Artikel 30 Abs. 1 der Thüringer Verfassung zu Kultur, Kunst und Brauchtum. Auf den werde ich im Rahmen meiner Ausführungen noch mehrfach zurückkommen.

(Zwischenruf Abg. Höcke, AfD: Sehr gut! Sehr wichtiger Titel!)

Auch der Hinweis, Frau Marx, dass zahlreiche Wörter der deutschen Sprache aus anderen Sprachen stammten, war weder originell noch sonst was. Niemand, nicht mal wir von der AfD, hat das jemals geleugnet. Nichtsdestotrotz, Frau Marx, freue ich mich, dass Sie eine gebildete Frau sind und als Kind wohl Wörterbücher gelesen und vielleicht auch das eine oder andere verschlungen haben und solche Dinge immer noch wissen. Chapeau! – auf gut Deutsch für Ihren Wortbeitrag beim letzten Mal, Frau Marx.

Die knuffige Frau Berninger ist auch da. Frau Berninger von den Linkspopulisten versuchte auch, intellektuell mitzuhalten, allerdings ging das noch mehr daneben als bei Frau Marx. Frau Berninger fabulierte, Artikel 44 unserer Verfassung befasse sich mit Symbolen, die sich nicht mehr entwickelten und behauptete allen Ernstes, die Sprache sei kein Symbol. Auch Sie kannte freilich Artikel 30 Abs. 1 der Thüringer Verfassung nicht, woran man sieht, Frau Berninger, immer nur Antifa-Gestammel und Antifa-Gelalle lassen schlicht verblöden.

(Beifall AfD)

Passen Sie auf, dass es bei Ihnen ...

Vizepräsidentin Jung:

Herr Abgeordneter Brandner, für die Behauptung, dass Frau Berninger verblödet, erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf. Ich warne Sie, mäßigen Sie sich!

(Beifall SPD)

Abgeordneter Brandner, AfD:

Es verblöden natürlich immer nur die Leute, die Antifa-Gestammel und Antifa-Gelalle von sich geben. Ob Frau Berninger dazugehört, weiß ich nicht.

Passen Sie auf, Frau Berninger, dass es bei Ihnen nicht noch schlimmer wird und versuchen Sie mal Folgendes: Ernst Cassirer legt in seinem wegweisenden philosophischen Werk des 20. Jahrhunderts – es hat den Namen „Philosophie der symbolischen Formen“ – im ersten Band breit und überzeugend den Charakter von Sprache als symbolischer Form dar. Vielleicht schauen Sie da mal rein und erweitern da ein wenig Ihren Horizont über das hinaus, was sich in Ihrem linksextremistischen Paralleluniversum ansonsten so abspielt.

(Beifall AfD)

Offenbar, Frau Berninger, meinten Sie auch offenkundig, dass die Stadt Erfurt ein sich nicht mehr entwickelndes Symbol sei, denn Artikel 44 Abs. 3 unserer Verfassung legt Erfurt als Landeshauptstadt fest. Aber vielleicht versuchen Sie gleich noch mal, diesen dialektischen Unsinn von hier vorn zu erklären. Ich glaube, Sie haben noch Redezeit. Das werde ich dann über mich ergehen lassen. Frau Rothe-Beinlich, auch Sie haben sich zu Wort gemeldet mit einem anderen, wenn auch keinem besseren Grundton. Sie meinten, dass Ihre Sprache nicht die unsere sei. Da muss ich Sie aber leider enttäuschen. Sie sprechen hier Deutsch und ich auch. Das ist meine wie auch Ihre und unser aller Muttersprache, wenn man das so noch sagen darf.

(Zwischenruf Abg. Höcke, AfD: Und des Vaterlands!)

Mutterinnen- und Vatersprache, ja, Muttersprache und Vater... – egal.

Sie müssen damit zurechtkommen, Frau Rothe-Beinlich. Im Übrigen aber zeigt Ihre platte Bemerkung vor allem eines: Wenn Sie die Sprachgemeinschaft mit uns leugnen, mit uns allen hier irgendwie, offenbaren Sie offenbar pathologischen Unwillen, mit Menschen auch nur ins Gespräch zu kommen, die eine andere Auffassung vertreten als Sie.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Das ist Hass!)

Genau das ist Hass – danke für den Zwischenruf.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Da kennen Sie sich ja aus!)

Genau das ist die Aufkündigung der elementarsten Bürgersolidarität, Frau Rothe-Beinlich. Vielleicht lassen Sie das mal auf sich wirken. Der Staatsrechtler Kirchhof weist darauf hin, dass – ich zitiere – der Gedanke der Solidarität in der Sprachgemeinschaft seinen Ursprung und seine erste Bewährungsprobe findet. Frau Rothe-Beinlich, das entlarvt Ihr und Ihresgleichen sonstiges Gerede von der Menschlichkeit aller Menschen und der Solidarität aller Menschen als das, was es ist – bei Ihnen pure, ideologische Heuchelei,

(Beifall AfD)

die sich darin offenbart, dass Sie nicht mal eingestehen können, dass Sie mit uns die gleiche Sprache sprechen, was eigentlich offenkundig ist. Das scheint mir doch ein deutlicher Indikator zu sein,

wie sehr Sie von Hass und Betroffenheit getrieben und zerrieben werden, Frau Rothe-Beinlich.

Herr Scherer von der CDU, In Ihrem Wortbeitrag konnte ich keinen Hass erkennen, sondern ihm nur CDU-Dumpf- und -Dummheit bescheinigen.

Vizepräsidentin Jung:

Herr Abgeordneter Brandner, ich habe Sie gewarnt und ich erteile Ihnen den nächsten Ordnungsruf und mache Sie darauf aufmerksam, dass Sie beim dritten den Saal verlassen.

(Beifall CDU, DIE LINKE)

Abgeordneter Brandner, AfD:

Wofür war der Ordnungsruf jetzt bitte?

Vizepräsidentin Jung:

Für „CDU-Dumpf“, das geht überhaupt nicht.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Abgeordneter Brandner, AfD:

(Zwischenruf Abg. Emde, CDU: Komm, machen Sie noch einen, Herr Brandner!)

Einer geht noch. Einer geht noch raus oder einer geht noch rein, wir sehen das dann.

Herr Scherer glaubte, mit einem kleinen, an Flach- und Einfachheit kaum zu übertreffenden Naziwitzchen den Beifall dieses Hauses und der Medien zu erhaschen – was ihm ja auch gelang. Sie sind sicherlich immer noch besonders stolz darauf, Herr Scherer, dass Ihnen von den deutschen demokratischen Ramelow-Fraktionen ausgiebig Beifall gespendet wurde. Vielleicht hilft Ihnen das ja und Ihrem Fraktionsvorsitzenden – den ich hier leider nicht sehe – auch weiter, wenn Sie demnächst als Juniorpartner in einer Koalition mit der Linkspartei hier in Thüringen agieren.

(Unruhe CDU)

Ja. Wer in Baden-Württemberg mit den Grünen ins Bettchen kuschelt – habe ich mir selbst ausgedacht –, kuschelt auch mit Kuschel und Konsorten in Thüringen. So wird es kommen, Herr Scherer, und dafür haben Sie wahrscheinlich schon ein bisschen vorgebaut.

(Unruhe CDU)

(Beifall AfD)

Zudem hat der Beitrag des Kollegen Scherer gezeigt, dass er über die Beschlusslage seiner eigenen Partei nicht informiert ist oder sie – warum auch immer – vergessen oder verdrängt hat. Meine Damen und Herren insbesondere von der CDU, ich kläre Sie gerne auf, was am 22. Bundesparteitag 2008 in Stuttgart als Beschlüsse C 16 und C 42 entschieden wurde.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Warst du da noch Mitglied?)

Vielleicht. 2008 war ich noch Mitglied, ja. Das hat mir da noch imponiert. Herr Scherer war wahrscheinlich noch länger beim gemütlichen Abend, der hat das gar nicht mitbekommen. Also, in den Beschlüssen C 16 und C 42 steht drin: „Die CDU Deutschlands setzt sich für die Verankerung der deutschen Sprache im Grundgesetz ein. Dies soll durch einen Zusatz in Artikel 22 des Grundgesetzes erfolgen mit dem Wortlaut: „Die Sprache der Bundesrepublik ist Deutsch.““

Herr Scherer, von den von Ihnen so schwärmerisch und mit verklärtem Blick erwähnten blonden blauäugigen Jünglingen ist in dem Beschluss nichts zu lesen. Dass Sie sich aber trotz dieses eindeutigen Beschlusses, der eigentlich gar nicht eindeutiger zu fassen ist, hier hinstellen und sich erlauben, sich über unseren Antrag, der nahezu wortgleich ist – nur dass es sich auf die Landesebene bezieht –, lustig zu machen, das spricht Bände und bedarf keiner weiteren Kommentierung. Mutti wird böse sein, Herr Scherer, wenn sie das mal mitbekommen sollte.

(Unruhe CDU)

Auf jeden Fall sollten Sie zunächst mal vor Ihrer eigenen Haustür kehren, dann wird es in Zukunft garantiert weniger peinlich für Sie und Ihre Partei. Denn wie wollen Sie erklären, dass Sie im Bund etwas beschließen, was Sie dann im Land lächerlich machen und nicht mal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall AfD)

Wir hatten dann noch den etwas klamaukigen Beitrag des Herrn Höhn, der uns etwas in der Mundart seines Heimatstamms zum Besten gab.

(Heiterkeit AfD)

Das hatte schon etwas, zumal sich die AfD die Pflege der Mundarten, die zweifelsohne zu unserer deutschen Sprache gehören, auf die Fahnen geschrieben hat. Genau diese AfD-Position – Herr Höhn jetzt hören Sie genau zu – haben Sie von hier vorn zum Ausdruck gebracht. Schönen Dank dafür. Ich bin gespannt, wie Ihre Fraktion reagiert und wovon Frau Lehmann diesmal zurücktritt, wenn sie damit nicht einverstanden ist oder Herr Helmerich vielleicht wieder austritt, weil er merkt, dass Sie AfD-Positionen von hier vorn vertreten.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Die wollen die doch nicht wieder gleich raushauen!)

Das relativiert sich dann. Die SPD sucht ja einen Kanzlerkandidaten. Einen Oskar hatten sie ja schon mal, vielleicht haben sie demnächst einen zweiten Oskar als Kanzlerkandidaten. Der Grundstein ist ja gelegt.

(Beifall AfD)

Herr Höhn, Ihr Beitrag, Ihr mundartlicher Beitrag hat auch gezeigt, dass wir zur allgemeinen Verständigung auf unsere Hochsprache angewiesen sind, denn er war ja für die meisten unverständlich und auch Präsident Carius hatte es damals nicht leicht, Ihren Beitrag zu verstehen.

(Unruhe CUD, SPD)

Herr Höhn, Gott sei Dank befließigen Sie sich ja der Hochsprache, wenn Sie als Präsident mit uns reden. Da mal ein Lob an Sie, meistens gelingt Ihnen das gar nicht schlecht, das auf Deutsch rü-

berzubringen.

Meine Damen und Herren, obwohl die AfD-Fraktion diesen Landtag erst seit gut eineinhalb Jahren schmückt, lassen die Erfahrungen, die wir in dieser Zeit gesammelt haben, befürchten, dass sich die Fraktionen der Altparteien auch heute wieder um eine sachliche Auseinandersetzung drücken – so wie ich versucht habe, die von hier vorn anzufangen.

(Unruhe DIE LINKE)

Aber wir von der AfD machen Politik nicht für die Abgeordneten dieses Hauses, sondern für die Bürger draußen, von denen wir gewählt sind. Die stehen einer Verankerung von Deutsch als Landessprache mehrheitlich und sehr positiv gegenüber.

Deshalb beantrage ich nochmals die Überweisung an die Ausschüsse für Europa, Kultur und Medien und für Migration, Justiz und Verbraucherschutz. Vielen Dank insoweit.

(Beifall AfD)

[...]

Abgeordneter Brandner, AfD:

Meine Damen und Herren, meine Idee war das ja nicht, heute hier zwei Lesungen zu veranstalten. Da wurden wir leider von den Altparteien wieder niedergestimmt. Deshalb sehen Sie mich jetzt hier noch mal am Pult. Ich hoffe, sie haben sich alle ein bisschen beruhigt, Ihre kindlichen Späße zur Seite gelegt, auch Ihre Wortklaubereien, die waren wirkliche Kracher, vor allem von Frau Marx. Herr Höcke lacht immer noch, wie Sie merken. Herr Scherer hat sich jetzt endlich hier festgebissen als amtlicher Sprecher der deutschen-demokratischen-Ramelow-Fraktion. Respekt, Herr Scherer, auf Ihre alten Tage so etwas noch zu leisten! Das muss ich sagen.

(Unruhe im Hause)

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Lassen Sie Ihre Beleidigungen!)

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Was war das gerade? Man sollte mal bei sich anfangen!)

Wir versuchen mal, zum Kern der Sache zurückzukehren, nachdem Sie sich ja vom Kern der Sache sehr weit entfernt haben, und kommen darauf zurück. Wenn wir Deutsch als Landessprache Verfassungsrang zuerkennen, meine Damen und Herren, ist das auch eine Wertschätzung unserer Muttersprache, der es heute aus verschiedenen Gründen dringender bedarf denn je. Ich erinnere daran, dass die deutsche Sprache, dass unsere Sprache das einzige und umfassende Mittel einer wechselseitigen Verständigung ist und eigentlich das Einzige ist, was uns Deutsche, ob wir es wollen oder nicht, Frau Rothe-Beinlich, was uns Deutsche über alle Grenzen hinweg verbindet. Das ist die Sprache. Sonst gibt es nichts, was uns verbindet. Deshalb steht die deutsche Sprache ganz oben in der Skala der wichtigen verbindenden Elemente in Deutschland. Ohne Verständigung, ohne das wechselseitige Verstehen können wir unser Gemeinwesen nicht als gemeinsame öffentliche Angelegenheit bewahren und auch nicht voranbringen. Ich hatte darauf hingewiesen, Frau Rothe-Beinlich, dass Sie sich mit Ihren unterirdischen Ausführungen weit davon entfernt haben. Genau darum geht es aber in Zeiten einer zunehmenden gesellschaftlichen Desintegration und Fragmentierung. Selbstredend ist da die Sprache kein Allheilmittel und ihre Aufnahme in die Verfas-

sung löst auch nicht von sich aus alle Probleme. Es bleibt allerdings erstens dabei, dass in einer gesellschaftlichen und politischen Situation wie der heutigen gerade auch starke Symbole wie das Bekenntnis zur Wertschätzung der gemeinsamen Sprache vonnöten sind.

(Beifall AfD)

Denn das ist auch ein Bekenntnis zu unserer sprachlich vermittelten Kultur, zu unseren Traditionen und Werten, zu unseren Vorstellungswelten und zu unserer Identität. Auf Artikel 30 Abs. 1 der Thüringer Verfassung hatte ich hingewiesen. Sie alle müssten eigentlich zustimmen, dass all das unserer bewussten Pflege bedarf und dass dazu eine verfassungsrechtliche Verankerung der Landessprache ein wichtiger Baustein neben Artikel 30 Abs. 1 der Thüringer Verfassung ist, der sicher nicht weniger wichtig ist als die detaillierte Festlegung des Landeswappens oder der Landeshauptstadt, die ja auch Verfassungsrang haben.

Klar ist zweitens aber auch, dass die verfassungsrechtliche Verankerung der Landessprache durchaus praktische Wirkungen hat, also über das quasi rein Symbolische hinauszugehen vermag. Man denke hier vor allem an die Bildungs-, an die Kulturpolitik unseres Landes. Der Verweis auf die verfassungsrechtlich verankerte Landessprache kann beispielsweise die Rolle des Deutschunterrichts an Schulen stärken oder auch in die Integrationspolitik hineinwirken, in der Sie ja alle interessanterweise gerne öffentlich hervorheben, wie wichtig es sei, dass Migranten aller Art die deutsche Sprache lernen, und wie wichtig es ist, Migranten aller Art die deutsche Sprache beizubringen. Aber wie sollen und wollen Sie die besondere Rolle der deutschen Sprache in unserem Lande und deren faktische Bevorzugung und damit ja Ungleichbehandlung verfassungsrechtlich flankieren und begründen, wenn sie nicht in der Verfassung als Landessprache statuiert ist? Sie bevorzugen die deutsche Sprache und setzen die anderen Sprachen damit in Deutschland zurück. Ich bin mir sicher, über kurz oder lang wird jemand auf die Idee kommen, verfassungsrechtlich – Frau Marx, hören Sie genau zu – überprüfen zu lassen, warum im Lichte von Artikel 3 Abs. 3 des Grundgesetzes bzw. von Artikel 2 Abs. 3 der Thüringer Verfassung seine nichtdeutsche Sprache benachteiligt werden darf und warum er gezwungen wird, beispielsweise durch § 184 GVG oder § 23 Abs. 1 des Thüringer VwVfG, sich auf Deutsch zu verständigen. Diese Argumentation wird kommen, meine Damen und Herren, und wenn dann die deutsche Sprache keinen Verfassungsrang hat, wird es schwierig sein, das zu begründen.

(Beifall AfD)

Abgesehen davon geht es ja nicht nur um die Sprache in unseren Amtsstuben, Behörden und Gerichten, sondern um die im gesamten öffentlichen Raum in Deutschland. Denn Sprache ist das primäre Medium dessen, was die politische Gemeinschaft, was das Wir in Deutschland ausmacht.

Daneben ist der Verfassungsrang der deutschen Sprache Anlass, deren Rolle für das Gemeinwesen immer wieder neu zu reflektieren. Und dies gilt nicht nur im Hinblick auf die Entstehung auch sprachlich abgeschotteter Parallelgesellschaften. Es ist daher geradezu zwingend, manche würden sagen: alternativlos – ich sage das nicht, denn die Alternative steht ja sozusagen vor Ihnen –, es ist daher geradezu zwingend, wenn wir Regelungen zur Sprache nicht nur in einfachen und nachgeordneten Gesetzen treffen, sondern diese Regelung in die Verfassung hineinschreiben, so wie es andere Staaten auch getan haben.

Ich rufe in Erinnerung, dass zahlreiche andere europäische Staaten da schon weiter sind. Das gilt für die deutschsprachigen Länder Österreich und Liechtenstein und die in Teilen deutschsprachige Schweiz. Für ihre jeweilige Landessprache haben dies auch getan: Finnland, Lettland, Frankreich, Spanien, Polen, Slowenien, Ungarn und andere, insgesamt 18 von 28 EU-Mitgliedstaaten und da-

mit eine deutliche Mehrheit. So abstrus ist der Gedanke also gar nicht.

(Beifall AfD)

Ein Hinweis, der sich eigentlich erübrigen sollte, ist der: Wer meint – es wird uns ja immer so in den Mund gelegt –, es ginge uns um die Schaffung einer Sprachinsel oder darum, keine französischen Wörter mehr benutzen oder an Universitäten keine englischen Vorlesungen mehr abhalten zu dürfen, der irrt natürlich und redet schlichtweg Unfug. Denn unser Gesetzentwurf richtet sich nicht gegen andere Sprachen, sondern setzt sich für die Pflege unserer deutschen Sprache ein.

Das ist übrigens ein Wesensmerkmal der AfD, dass wir meist nicht gegen irgendetwas sind, sondern für etwas.

(Beifall AfD)

(Heiterkeit DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass Sie lachen, zeigt mir, dass Sie das nicht verstanden haben.

Schließlich bleibt die Beherrschung der deutschen Sprache auch nicht ohne Wirkung auf das Erlernen anderer Sprachen, was eine rundweg wünschenswerte Sache ist. Denn wer in seiner eigenen Sprache zu Hause ist, tut sich auch leichter mit fremden Sprachen. Wer könnte das besser feststellen als das Europäische Parlament oder der Europäische Rat, die sogar einen Beschluss dazu gefasst haben, die Nummer 1934/2000/EG. Da steht wörtlich drin: „Die Beherrschung der Muttersprache und Kenntnisse in den klassischen Sprachen, insbesondere Latein und Altgriechisch, können das Erlernen anderer Sprachen erleichtern.“ Was nichts anderes zeigt: Bringen Sie den Leuten gutes, vernünftiges Deutsch bei, dann fällt es den Menschen auch leichter, andere Sprachen zu lernen.

Meine Damen und Herren, unser Gesetzentwurf zielt darauf ab, unserer Muttersprache die Wertschätzung zukommen zu lassen, die sie verdient und die für unser Land notwendig ist. Man muss schon abwegige und wirre geistige Verrenkungen anstellen, um sich diesem vernünftigen Vorhaben zu verweigern. Denken Sie schließlich auch an die Wiedervereinigung Deutschlands. Trotz Jahrzehnten der Trennung und des persönlichen und vor allem politischen Auseinanderlebens blieb die gemeinsame Sprache der Menschen in der alten BRD und der DDR die deutsche Sprache.

(Zwischenruf Abg. Grob, CDU: Zeitzeuge spricht jetzt!)

Diese Sprache war also – ungeachtet aller Mundarten, Herr Höhn – das Fundament dafür, dass sich die Menschen auf beiden Seiten der Mauer und der tödlichen Grenze einer Nation zugehörig fühlten, und die deutsche Sprache war es, die letztendlich dazu geführt hat, dass die Deutschen auch wieder zueinander fanden und dass es überhaupt zur Wiedervereinigung kam.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Es war nicht die deutsche Sprache!)

Heute, meine Damen und Herren, ist unsere Sprachgemeinschaft gefährdet und keineswegs mehr so selbstverständlich, wie es scheint. Sie ist gefährdet durch einen unreflektierten und achtlosen Umgang mit ihr. Wir lassen es zu, dass ohne Not Denglisch und Ghetto-Deutsch die Werbung und den öffentlichen Raum erobern. Wir lassen es zu, dass sich sprachlich abgesonderte Parallelgesellschaften entwickeln, dass Menschen, die schon Jahre oder Jahrzehnte als Ausländer in

Deutschland leben oder lebten und möglicherweise inzwischen eingebürgert sind, oft nicht in der Lage sind, einfach Behördenformulare auszufüllen. Und dass, obwohl Deutsch einfachgesetzlich als Amtssprache festgelegt ist. Wir lassen es zu, dass Menschen, die schon Jahre und Jahrzehnte als Ausländer bei uns leben, oft ohne Perspektive und Chance bleiben, weil sie Deutsch nicht beherrschen und weil wir das durchgehen lassen.

(Beifall AfD)

All dies zeigt, dass die deutsche Sprache keineswegs mehr die Selbstverständlichkeit ist, als die sie manche in diesem Hause hinstellen wollen. Damit wir uns nicht falsch verstehen noch mal deutlich: Man kann, soll und darf die Sprachpraxis nicht staatlich dekretieren oder steuern. So etwas macht man und so etwas macht insbesondere die AfD nicht. Für ideologische Sprachmanipulationen – schön, Herr Hoff, dass Sie gerade hereinkommen –, für ideologische Sprachmanipulationen und sprachdiktatorische Maßnahmen fühlen sich leider andere in diesem Hause zuständig; einer läuft gerade von rechts nach links.

(Beifall AfD)

Es sind diejenigen, die es beispielsweise für wichtig und richtig halten, das Thüringer Studentenwerk in Studierendenwerk umzubenennen, oder die ansonsten auch ihren Genderwahn, zum Beispiel in der Geschäftsordnung dieses Parlaments, ausleben wollen.

Meine Damen und Herren, das, was da geschieht, ist plumpe Ideologie, die wir als AfD selbstredend und ausdrücklich ablehnen.

(Beifall AfD)

Was wir wollen, ist, gerade das Bewusstsein dafür zu schaffen, dass solche Manipulationen der Sprache Angriffe auf unser Denken, unser Selbstverständnis und unsere Lebensweise sind. Diese Angriffe wollen wir selbstredend abwehren. Wir wollen, dass unser Staat die Grundlagen seines Zusammenlebens fördert und seinen Teil zu deren Pflege beiträgt. Dazu gehört die deutsche Sprache. Heute bedeutet es nicht zuletzt, die Gemeinsamkeit der Sprache einzufordern, das Erlernen des Deutschen insbesondere auch jenen abzuverlangen, die als Ausländer hier leben und Deutsche werden wollen.

Meine Damen und Herren, mit der Aufnahme von Deutsch als Landessprache kann Thüringen Wegbereiter in Deutschland werden. Thüringen ist ja auch in anderen Bereichen gern Wegbereiter. Hier können Sie den Weg bereiten, auch wenn Sie gerade von links nach rechts laufen, hier können Sie einen vernünftigen Weg bereiten.

(Zwischenruf Abg. Höcke, AfD: Habt ihr euch schon abgesprochen!)

Ja, ja, das ist so etwas wie der Running Gag auf gut Deutsch. Ja, ja.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Ihr müsst mal deutsch sprechen!)

Ah, ich dachte, Sie wären schon eingeschlafen.

(Heiterkeit im Hause)

Ab und zu stichele ich mal ein bisschen. Ich dachte, Running Gag wäre eine Beleidigung, aber der

fühlt sich – na ja, ist egal.

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, mit Aufnahme von Deutsch als Landessprache kann Thüringen positiver Wegbereiter in eine Zukunft sein. Es würde gerade dem Kulturland Thüringen – wir denken an Goethe und Schiller – gut zu Gesicht stehen, hier voranzugehen. Die Chance, das zu dokumentieren, haben Sie gleich in einer namentlichen Abstimmung. Vielen Dank.

(Beifall AfD)